

Oberbergischer Kreis Prüfungsbericht



***Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2007
und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2007
der Stadt Gummersbach***

Inhaltsverzeichnis

1. PRÜFUNGS-AUFTRAG	3
2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	4
3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	6
3.1 Gegenstand der Prüfung	6
3.2 Art und Umfang der Prüfung	7
4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLE- GUNG	9
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	9
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	9
4.1.2 Jahresabschluss	9
4.1.3 Lagebericht	10
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	11
4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen	11
5. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBE- Merkung	12
6. ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT	15

1. PRÜFUNGS-AUFTRAG

Entsprechend § 101 Abs. 1 und 8 GO NRW obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007 (Anlagen 6.1.2 bis 6.1.5) unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 (Anlage 6.1.1)

der Stadt Gummersbach

nachfolgend auch Stadt genannt.

Die örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Gummersbach hat gemäß § 103 Abs. 5 GO NRW mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses die Rechnungsprüfung des Oberbergischen Kreises mit der Wahrnehmung der Jahresabschlussprüfung beauftragt. Zwischen der Stadt Gummersbach und dem Oberbergischen Kreis wurde hierüber eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Rechnungsprüfer (vgl. IDR-L-260) erstellt wurde.

2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Im Jahresabschluss wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentlichen Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage der Stadt getroffen:

Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Überschuss von rd. 1,9 Mio € ab. Bei einem Vergleich des fortgeschriebenen Ansatzes mit dem Jahresergebnis 2007 ergibt sich somit eine Verbesserung um rd. 21,1 Mio €.

Die Ergebnisverbesserung resultiert ganz wesentlich aus der erheblichen Mehreinnahme bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer.

Außerdem ursächlich für diese Verbesserung ist ein einmaliger Effekt aus der Neukalkulation der Pensionsrückstellung durch die Rheinische Zusatzversorgungskasse auf der Basis von konkreten Dienstzeitenberechnungen und außergewöhnlich hohen Einzelfallaufösungen zum Stichtag 31.12.2007.

Die Hochrechnung der Jahre 2008 und 2009 zeigt, dass schon voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2009 der Ausgleich des Haushalts durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage nicht mehr vollständig möglich sein wird.

Das Volumen der Schlussbilanz der Stadt Gummersbach ist gegenüber der Eröffnungsbilanz um rd. 2,3 Mio € gestiegen.

Das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen setzt sich mit 429,8 Mio € aus eher langfristig orientiertem Anlagevermögen zusammen.

Die auf der Passivseite dargestellte Kapitalstruktur der Bilanz gibt Auskunft, wie das Vermögen der Stadt finanziert ist. Das Eigenkapital als Saldo zwischen dem Vermögen der Stadt (Aktiva) und den Verbindlichkeiten im weiteren Sinne (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung) beträgt mit 116,3 Mio € rd. 25 % der Bilanzsumme. Die Ausgleichsrücklage beträgt unverändert 21 Mio €.

Die Situation der Stadt entspricht einer Eigenkapitalquote II (Eigenkapital zzgl. Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge / Bilanzsumme) von nahezu 58 %. Dies bedeutet, dass mehr als die Hälfte des städtischen Vermögens durch Eigenkapital oder eigenkapitalähnliche Finanzmittel finanziert ist.

Das größte Risiko sieht die Stadt aufgrund der unausgeglichene Haushalte der nächsten Jahre in einer möglichen Haushaltssicherung und der damit verbundenen Folge einer Haushaltswirtschaft nach dem Nothaushaltsrecht. Da die Einflussmöglichkeiten der Stadt auf die größten Ertrags- (Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) und Aufwandspositionen (Jugendhilfe) als gering eingeschätzt werden, werden nachhalti-

ge Konsolidierungsbemühungen für notwendig erachtet.

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Lagebericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung nach Auffassung der Rechnungsprüfung zutreffend wieder.

3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt .

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Darüber hinaus ist die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft Gegenstand der Prüfung.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (Anlagen 6.1.2 bis 6.1.5) und dem Lagebericht (Anlage 6.1.1) für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 der Stadt geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO NRW bzw. GemHVO NRW aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach §§ 101 GO NRW und dem risikoorientierten Prüfungsansatz nach den vom IDR festgelegten Leitlinien zur Durchführung von kommunalen Jahresabschlussprüfungen (IDR-L-200) durchgeführt.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Bürgermeisters und Kämmerers sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorien-

tierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Sachanlagevermögen
- Finanzanlagen
- Forderungen
- Liquide Mittel einschließlich Finanzrechnung
- Aktive / Passive Rechnungsabgrenzung
- Sonderposten
- Rückstellungen
- Verbindlichkeiten
 - insb. aus Krediten für Investitionen
 - insb. aus Krediten zur Liquiditätssicherung
 - insb. sonstige Verbindlichkeiten
- Ergebnisrechnung

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Die durchgeführten Prüfungshandlungen sind in den Arbeitspapieren der Rechnungsprüfung dokumentiert.

Ausgangspunkt der Prüfung war die geprüfte und unter dem Datum vom 30. Juni 2009 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2007 nebst Anhang der Stadt .

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltungsleitung erteilt. Der Bürgermeister hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts am 20. Juli 2011 schriftlich bestätigt.

4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF-Kontenrahmens erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt aufgestellt.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Stadt getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die

Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Auf der Grundlage des risikoorientierten Prüfungsansatzes wurde nicht geprüft, ob die Stadt eine Kosten- und Leistungsrechnung nach § 18 GemHVO NRW aufgebaut sowie produktorientierte Ziele gem. § 12 GemHVO NRW definiert hat

Der Anhang enthält gem. § 44 GemHVO NRW die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

4.1.3 Lagebericht

Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Bürgermeister bestätigte Lagebericht ist diesem Bericht als Anlage 6.1.1 beigelegt.

Der Lagebericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt
- und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kommune und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Es wird auf die Angaben im Anhang der Stadt (Anlage 6.1.5) verwiesen.

Die einzelnen Prüfungsergebnisse werden im Erläuterungsteil Aktiva und Passiva (Anlage 6.2.2) sowie in der analysierenden Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage (Anlage 6.2.1) dargestellt.

5. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Rechnungsprüfung dem als Anlagen beigefügten Jahresabschluss der Stadt zum 31. Dezember 2007 und dem als Anlage beigefügten Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung:

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie dem Lagebericht- der Stadt für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. In die Prüfung wurde die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO NRW und unter Anwendung der vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben

in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt .

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gummersbach, den 8. November 2011

Rechnungsprüfung
Oberbergischer Kreis

Hartmut Heiden
Leiter der Rechnungsprüfung

Stephanus Kötting
stellv. Leiter der Rechnungsprüfung"

Der vorstehende Prüfungsbericht wird in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (vgl. IDR-L-260) erstattet.

Gummersbach, den 16. November 2011

Rechnungsprüfungsausschuss

Konrad Gerards
Vorsitzender

6. ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT

6.1 Pflichtbestandteile

- 6.1.1 Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
- 6.1.2 Bilanz zum 31. Dezember 2007
- 6.1.3 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
- 6.1.4 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
- 6.1.5 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

6.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht

- 6.2.1 Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage
- 6.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz
- 6.2.3 Vollständigkeitserklärung
- 6.2.4 Bestätigungsvermerk

Lagebericht der Stadt Gummersbach für das Haushaltsjahr vom

1. Januar bis 31. Dezember 2007

AKTIVA

	31.12.2007	01.01.2007
	EUR	EUR
Anlagevermögen		
Immaterielle Vermögensgegenstände	58.162,63	13.865,67
Sachanlagen		
Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
Grünflächen	15.168.796,43	14.508.667,99
Ackerland	852.721,10	854.172,00
Wald, Forsten	567.621,05	567.621,05
Sonstige unbebaute Grundstücke	1.760.304,86	1.759.045,53
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
Kinder- und Jugendeinrichtungen	6.050.358,24	6.168.295,24
Schulen	70.611.351,00	71.005.210,00
Wohnbauten	792.856,83	812.757,50
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	30.432.171,00	31.063.194,06
Infrastrukturvermögen		
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	19.260.322,33	19.158.390,50
Brücken und Tunnel	11.391.742,00	11.645.266,00
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	158.536.677,39	163.545.204,39
Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.327.163,00	2.508.306,27
Bauten auf fremdem Grund und Boden	22.500,00	27.000,00
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	745.195,00	745.045,00
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.865.614,91	3.010.975,18
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.585.317,00	1.464.002,23
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	<u>5.673.316,13</u>	<u>510.594,00</u>
	328.644.028,27	329.353.746,94

ANLAGE 6.1.2

Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.322.846,49	6.322.846,49
Beteiligungen	8.416.817,04	7.360.550,75
Sondervermögen	85.569.914,37	85.596.935,07
Wertpapiere des Anlagevermögens	408.619,16	318.098,46
Ausleihungen		
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	153.387,56	153.387,56
Ausleihungen an Beteiligungen	218.325,73	218.325,73
Sonstige Ausleihungen	<u>41.287,23</u>	<u>148.290,78</u>
	<u>101.131.197,58</u>	<u>100.118.434,84</u>
	<u>429.833.388,48</u>	<u>429.486.047,45</u>
Umlaufvermögen		
Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	<u>11.815.685,75</u>	<u>12.221.533,71</u>
	11.815.685,75	12.221.533,71
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen		
Gebühren	182.122,65	230.590,15
Beiträge	269.070,62	303.710,52
Steuern	1.309.957,48	3.678.775,20
Forderungen aus Transferleistungen	252.350,35	358.650,12
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen		
Forderungen	2.916.204,25	2.020.061,20
Privatrechtliche Forderungen		
Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem privaten Bereich	3.351.790,23	2.000.585,81
Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich	17.824,05	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>2.730.878,58</u>	<u>41.676,58</u>
	11.030.198,21	8.634.049,58
Liquide Mittel	<u>205.603,49</u>	<u>310.959,62</u>
	<u>23.051.487,45</u>	<u>21.166.542,91</u>
Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>503.039,52</u>	<u>423.755,07</u>
	<u>453.387.915,45</u>	<u>451.076.345,43</u>

PASSIVA

	31.12.2007	01.01.2007
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Eigenkapital		
Allgemeine Rücklage	93.405.053,29	90.887.808,50
Ausgleichsrücklage	21.054.164,59	21.054.164,59
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>1.910.927,28</u>	<u>0,00</u>
116.370.145,16111.941.973,09
Sonderposten		
Sonderposten für Zuwendungen	100.672.119,98	103.411.619,81
Sonderposten für Beiträge	45.272.893,00	46.541.369,40
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	363.046,78	0,00
Sonstige Sonderposten	<u>968.935,70</u>	<u>2.814.593,22</u>
147.276.995,46152.767.582,43
Rückstellungen		
Pensionsrückstellungen	31.540.531,00	33.054.300,00
Sonstige Rückstellungen	<u>1.976.515,42</u>	<u>2.357.437,78</u>
33.517.046,4235.411.737,78
Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
vom öffentlichen Bereich	14.795,66	15.421,57
vom privaten Kreditmarkt	111.862.074,77	112.692.086,41
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	16.348.276,17	25.431.014,94
Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.709.736,13	3.029.403,93
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.474.496,19	1.258.918,20
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.590,30	73.516,03
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>13.378.257,59</u>	<u>3.203.700,31</u>
150.789.226,81145.704.061,39
Passive Rechnungsabgrenzung	<u>5.434.501,60</u>	<u>5.250.990,74</u>
	<u>453.387.915,45</u>	<u>451.076.345,43</u>

Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz / Ist
	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	47.513.814,00	60.620.464,52	13.106.650,52
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	17.275.258,00	16.832.992,63	-442.265,37
3 + Sonstige Transfererträge	0,00	402.450,00	342.617,41	-59.832,59
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	5.413.547,00	5.564.381,20	150.834,20
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	1.359.605,00	2.724.499,26	1.364.894,26
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	3.804.450,00	5.161.652,68	1.357.202,68
7 + Sonstige ordentliche Erträge	0,00	4.107.038,00	7.144.920,26	3.037.882,26
8 + Aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00
9 +/- Bestandsveränderungen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
10 = Ordentliche Erträge	<u>0,00</u>	<u>79.876.162,00</u>	<u>98.391.527,96</u>	<u>18.515.365,96</u>
11 - Personalaufwendungen	0,00	-20.707.036,00	-19.822.921,32	884.114,68
12 - Versorgungsaufwendungen	0,00	-216.000,00	-306.112,75	-90.112,75
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-14.838.040,00	-13.973.464,89	864.575,11
14 - Bilanzielle Abschreibungen	0,00	-8.381.112,00	-10.618.621,14	-2.237.509,14
15 - Transferaufwendungen	0,00	-43.057.829,00	-41.978.352,54	1.079.476,46
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-6.916.255,74</u>	<u>-5.229.071,78</u>	<u>1.687.183,96</u>
17 = Ordentliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-94.116.272,74</u>	<u>-91.928.544,42</u>	<u>2.187.728,32</u>
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-14.240.110,74</u>	<u>6.462.983,54</u>	<u>20.703.094,28</u>
19 + Finanzerträge	0,00	2.060.873,00	2.090.524,24	29.651,24
20 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-7.039.474,00</u>	<u>-6.700.777,71</u>	<u>338.696,29</u>
21 = Finanzergebnis	<u>0,00</u>	<u>-4.978.601,00</u>	<u>-4.610.253,47</u>	<u>368.347,53</u>
22 = Ordentliches Ergebnis	<u>0,00</u>	<u>-19.218.711,74</u>	<u>1.852.730,07</u>	<u>21.071.441,81</u>
23 + Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	60.433,46	60.433,46
24 - Außerordentliche Aufwendungen	<u>0,00</u>	<u>-280,00</u>	<u>-2.236,25</u>	<u>-1.956,25</u>
25 = Außerordentliches Ergebnis	<u>0,00</u>	<u>-280,00</u>	<u>58.197,21</u>	<u>58.477,21</u>
26 = Jahresergebnis	<u>0,00</u>	<u>-19.218.991,74</u>	<u>1.910.927,28</u>	<u>21.129.919,02</u>

Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis des Vorjahres	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz / Ist
	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4
1 Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	47.513.814,00	64.819.375,94	17.305.561,94
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	14.857.886,00	13.272.886,58	-1.584.999,42
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	402.450,00	433.277,39	30.827,39
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	4.373.629,00	4.256.338,31	-117.290,69
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	1.359.605,00	931.555,54	-428.049,46
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	3.804.450,00	4.494.305,67	689.855,67
7 + Sonstige Einzahlungen	0,00	4.107.038,00	4.536.298,16	429.260,16
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	2.060.873,00	2.066.210,08	5.337,08
9 = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0,00	78.479.745,00	94.810.247,67	16.330.502,67
10 - Personalauszahlungen	0,00	-19.997.036,00	-19.658.891,88	338.144,12
11 - Versorgungsauszahlungen	0,00	-216.000,00	-256.555,76	-40.555,76
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	-13.755.133,00	-12.513.973,22	1.241.159,78
13 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	-6.440.230,00	-5.882.229,25	558.000,75
14 - Transferauszahlungen	0,00	-41.573.550,00	-41.799.669,46	-226.119,46
15 - Sonstige Auszahlungen	0,00	-3.186.271,00	-2.853.568,16	332.702,84
16 = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0,00	-85.168.220,00	-82.964.887,73	2.203.332,27
17 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	0,00	-6.688.475,00	11.845.359,94	18.533.834,94
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	0,00	9.382.900,00	6.868.530,74	-2.514.369,26
19 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	0,00	1.653.500,00	380.354,86	-1.273.145,14
20 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	102.260,00	0,00	-102.260,00
21 + Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	840.000,00	386.627,84	-453.372,16
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0,00	107.331,07	107.331,07
23 = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	11.978.660,00	7.742.844,51	-4.235.815,49
24 - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	-220.000,00	-907.012,98	-687.012,98
25 - Auszahlungen für Baumaßnahmen	0,00	-13.285.000,00	-6.142.782,60	7.142.217,40
26 - Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	0,00	-1.102.800,00	-732.778,55	370.021,45
27 - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00	-73.610,00	-63.500,00	10.110,00
28 = Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	-14.681.410,00	-7.846.074,13	6.835.335,87

ANLAGE 6.1.4

29	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-2.702.750,00</u>	<u>-103.229,62</u>	<u>2.599.520,38</u>
30	=	Finanzmittelüberschuss	<u>0,00</u>	<u>-9.391.225,00</u>	<u>11.742.130,32</u>	<u>21.133.355,32</u>
31	+	Aufnahme und Rückfluss von Darlehen	0,00	2.707.495,00	4.195.536,00	1.488.041,00
32	+	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	94.704.812,83	94.704.812,83
33	-	Tilgung und Gewährung von Darlehen	0,00	-3.040.630,00	-4.821.116,05	-1.780.486,05
34	-	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-102.061.214,17</u>	<u>-102.061.214,17</u>
35	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<u>0,00</u>	<u>-333.135,00</u>	<u>-7.981.981,39</u>	<u>-7.648.846,39</u>
36	=	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	<u>0,00</u>	<u>-9.724.360,00</u>	<u>3.760.148,93</u>	<u>13.484.508,93</u>
37	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln	0,00	0,00	305.964,84	305.964,84
38	+	Bestand an fremden Finanzmitteln	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-3.860.510,28</u>	<u>-3.860.510,28</u>
39	=	Liquide Mittel	<u>0,00</u>	<u>-9.724.360,00</u>	<u>205.603,49</u>	<u>9.929.963,49</u>

Anhang der Stadt Gummersbach für das Haushaltsjahr vom

1. Januar bis 31. Dezember 2007

Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen		Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushalts- jahr	Abgänge im Haushalts- jahr	Umbu- chungen im Haushalts- jahr	Abschrei- bungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschrei- bungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12. des Haushalts- jahres	am 31.12. des Vorjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		+	-	+/-	-	-		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	13.865,67	51.420,78	0,00	0,00	7.120,15	7.123,82	58.162,63	13.862,00
2. Sachanlagen	329.353.745,97	9.316.557,99	19.435,58	0,00	10.007.502,73	10.006.840,11	328.644.028,27	329.353.211,61
2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	17.689.506,60	931.170,67	12.750,72	0,00	258.753,37	258.483,11	18.349.443,44	17.689.462,04
2.1.1. Grünflächen	14.508.667,99	931.168,67	12.557,12	0,00	258.753,67	258.483,11	15.168.796,43	14.508.623,43
2.1.2. Ackerland	854.172,00	0,00	193,60	-1.257,30	0,00	0,00	852.721,10	854.172,00
2.1.3. Wald, Forsten	567.621,05	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	567.621,05	567.621,05
2.1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	1.759.045,56	2,00	0,00	1.257,30	0,00	0,00	1.760.304,86	1.759.045,56
2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	109.049.456,80	1.315.362,33	0,00	186.957,00	2.665.039,00	2.665.039,06	107.886.737,07	109.049.456,74
2.2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	6.168.295,24	0,00	0,00	0,00	117.937,00	117.937,00	6.050.358,24	6.168.295,24
2.2.2. Schulen	71.005.210,00	1.151.533,37	0,00	186.957,00	1.732.349,37	1.732.349,37	70.611.351,00	71.005.210,00
2.2.3. Wohnbauten	812.757,50	12.663,33	0,00	0,00	32.564,00	32.564,00	792.856,83	812.757,50
2.2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	31.063.194,06	151.165,63	0,00	0,00	782.188,63	782.188,69	30.432.171,00	31.063.194,00
2.3. Infrastrukturvermögen	196.857.167,16	975.237,65	554,00	0,00	6.315.874,82	6.315.946,09	191.515.904,72	196.857.095,89
2.3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	19.158.390,50	102.484,83	553,00	0,00	0,00	0,00	19.260.322,33	19.158.390,50
2.3.2. Brücken und Tunnel	11.645.266,00	46.183,76	0,00	0,00	299.675,76	299.707,76	11.391.742,00	11.645.234,00
2.3.3. Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	163.545.204,39	826.569,06	1,00	0,00	5.835.095,06	5.835.095,06	158.536.677,39	163.545.204,39
2.3.4. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.508.306,27	0,00	0,00	0,00	181.104,00	181.143,27	2.327.163,00	2.508.267,00
2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	27.000,00	0,00	0,00	0,00	4.500,00	4.500,00	22.500,00	27.000,00
2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	745.045,00	150,00	0,00	0,00	0,00	0,00	745.195,00	745.045,00
2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.010.975,18	273.851,88	2.683,79	0,00	416.437,41	416.528,36	2.865.614,91	3.010.883,94
2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.464.002,23	471.105,33	3.447,07	0,00	346.897,83	346.343,49	1.585.317,00	1.463.675,00
2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	510.593,00	5.349.680,13	0,00	186.957,00	0,00	0,00	5.673.316,13	510.593,00
3. Finanzanlagen	100.118.434,84	1.182.529,29	169.766,55	0,00	0,00	0,00	101.131.197,58	100.118.434,84
3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	6.322.846,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.322.846,49	6.322.846,49
3.2. Beteiligungen	7.360.550,75	1.119.029,29	62.763,00	0,00	0,00	0,00	8.416.817,04	7.360.550,75
3.3. Sondervermögen	85.596.935,07	0,00	0,00	-27.020,70	0,00	0,00	85.569.914,37	85.596.935,07
3.4. Wertpapiere des Anlagevermögens	318.098,46	63.500,00	0,00	27.020,70	0,00	0,00	408.619,16	318.098,46
3.5. Ausleihungen	520.004,07	0,00	107.003,55	0,00	0,00	0,00	413.000,52	520.004,07
3.5.1. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	153.387,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	153.387,56	153.387,56
3.5.2. Ausleihungen an Beteiligungen	218.325,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	218.325,73	218.325,73
3.5.3. Sonstige Ausleihungen	148.290,78	0,00	107.003,55	0,00	0,00	0,00	41.287,23	148.290,78

Verbindlichkeitspiegel

Art der Verbindlichkeiten	mit einer Restlaufzeit von				Gesamtbetrag des Vorjahres EUR
	Gesamtbetrag des Haus- haltsjahres EUR	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	111.876.870,43	3.284.541,77	15.082.227,00	93.510.101,66	112.707.507,98
2.1. vom öffentlichen Bereich	14.795,66	0,00	0,00	14.795,66	15.421,57
2.1.1. vom Land	14.795,66	0,00	0,00	14.795,66	15.421,57
2.2. vom privaten Kreditmarkt	111.862.074,77	3.284.541,77	15.082.227,00	93.495.306,00	112.692.086,41
2.2.1. von Banken und Kreditinstituten	111.862.074,77	3.284.541,77	15.082.227,00	93.495.306,00	112.692.086,41
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	16.348.276,17	16.348.276,17	0,00	0,00	25.431.014,94
3.1. vom öffentlichen Bereich	16.348.276,17	16.348.276,17	0,00	0,00	25.431.014,94
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	2.709.736,13	190.000,00	760.000,00	1.759.736,13	3.029.403,93
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.474.496,19	6.175.407,23	299.088,96	0,00	1.258.918,20
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	1.590,30	1.590,30	0,00	0,00	73.516,03
7. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>13.378.257,59</u>	<u>13.378.257,59</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>3.203.700,31</u>
Summe aller Verbindlichkeiten	<u>150.789.226,81</u>	<u>39.378.073,06</u>	<u>16.141.315,96</u>	<u>95.269.837,79</u>	<u>145.704.061,39</u>

Forderungsspiegel

Art der Forderungen	mit einer Restlaufzeit von				Gesamtbetrag des Vorjahres EUR
	Gesamtbetrag des Haus- haltsjahres EUR	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	4.929.705,35	4.682.242,03	242.794,29	4.669,03	6.591.787,19
1.1. Gebühren	182.122,65	182.088,34	2,50	31,81	230.590,15
1.2. Beiträge	269.070,62	264.496,62	4.574,00	0,00	303.710,52
1.3. Steuern	1.309.957,48	1.230.328,03	76.040,00	3.589,45	3.678.775,20
1.4. Forderungen aus Transferleistungen	252.350,35	250.975,10	1.375,25	0,00	358.650,12
1.5. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.916.204,25	2.754.353,94	160.802,54	1.047,77	2.020.061,20
2. Privatrechtliche Forderungen	3.369.614,28	3.369.614,28	0,00	0,00	2.000.585,81
2.1. Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem privaten Bereich	3.351.790,23	3.351.790,23	0,00	0,00	2.000.585,81
2.2. Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich	17.824,05	17.824,05	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Forderungen	2.730.878,58	2.730.878,58	0,00	0,00	41.676,58
3.1. aus sonstigen Vermögensgegenständen	<u>2.730.878,58</u>	<u>2.730.878,58</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>41.676,58</u>
Summe aller Forderungen	<u>11.030.198,21</u>	<u>10.782.734,89</u>	<u>242.794,29</u>	<u>4.669,03</u>	<u>8.634.049,58</u>

Analysierende Darstellungen der Vermögens-, Schulden, Ertrags- und Finanzlage

Das Innenministerium hat für Nordrhein - Westfalen durch RdErl. vom 01.10.2008 zur Bewertung der Haushalte und wirtschaftlichen Lage der Gemeinden ein einheitliches Kennzahlenset veröffentlicht. Die Kommunalaufsichten erheben die Kennzahlen aufgrund der vorgelegten Haushaltsplandaten.

Im Rahmen der Prüfung wurden Kennzahlen zur Beurteilung der Vermögens- und Kapitalstruktur sowie der Ertragslage auf Basis des Jahresabschlusses gebildet, die künftig landesweit einheitlich erhoben und durch das Institut der Rechnungsprüfer für einen Quervergleich zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund des derzeit noch zu geringen Datenbestandes sind zum jetzigen Zeitpunkt noch keine aussagekräftigen Quervergleiche möglich.

Vermögensstruktur

	31.12.2007		01.01.2007		+/-
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	58	0	14	0	44
Sachanlagen	328.644	72	329.354	73	-710
Finanzanlagen	<u>101.131</u>	<u>22</u>	<u>100.118</u>	<u>22</u>	<u>1.013</u>
Langfristig gebundenes Vermögen	<u>429.833</u>	<u>94</u>	<u>429.486</u>	<u>95</u>	<u>347</u>
Vorräte	11.816	3	12.222	3	-406
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	4.930	1	6.592	1	-1.662
Privatrechtliche Forderungen	3.370	1	2.001	0	1.369
Sonstige Vermögensgegenstände	2.731	1	42	0	2.689
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>503</u>	<u>0</u>	<u>424</u>	<u>0</u>	<u>79</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>23.350</u>	<u>6</u>	<u>21.281</u>	<u>4</u>	<u>2.069</u>
Liquide Mittel	<u>206</u>	<u>0</u>	<u>311</u>	<u>0</u>	<u>-105</u>
Liquide Mittel	<u>206</u>	<u>0</u>	<u>311</u>	<u>0</u>	<u>-105</u>
	<u>453.389</u>	<u>100</u>	<u>451.078</u>	<u>99</u>	<u>2.311</u>

Die Bilanzsumme hat im Haushaltsjahr um ca. 2,3 Mio.€ bzw. 0,51 % zugenommen. Ursächlich hierfür sind einerseits nachträgliche Korrekturen der Eröffnungsbilanzwerte sowie das positive Jahresergebnis. Hinsichtlich der Einzelheiten hierzu wird auf die Ausführungen im Anhang sowie auf Anlage 6.2.2 verwiesen.

Die Anlagenintensität, die das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen ausdrückt, liegt im Berichtsjahr bei 94,91 %. Es handelt sich hierbei um einen hohen, aber für Kommunen durchaus üblichen Wert, da das Vermögen der Kommune fast überwiegend dauerhaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung steht

Kapitalstruktur

	31.12.2007		01.01.2007		+/- TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Allgemeine Rücklage	93.405	21	90.888	20	2.517
Ausgleichsrücklage	21.054	5	21.054	5	0
Jahresergebnis	<u>1.911</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>1.911</u>
Eigenkapital	<u>116.370</u>	<u>26</u>	<u>111.942</u>	<u>25</u>	<u>4.428</u>
Sonderposten für Zuwendungen	100.672	22	103.412	23	-2.740
Sonderposten für Beiträge	45.273	10	46.541	10	-1.268
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	363	0	0	0	363
Übrige Sonderposten	969	0	2.815	1	-1.846
Pensionsrückstellungen	31.541	7	33.054	7	-1.513
Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	1.977	0	2.357	1	-380
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	<u>111.877</u>	<u>25</u>	<u>112.708</u>	<u>25</u>	<u>-831</u>
Langfristiges Fremdkapital	<u>292.672</u>	<u>64</u>	<u>300.887</u>	<u>67</u>	<u>-8.215</u>
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.348	4	25.431	6	-9.083
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.474	1	1.259	0	5.215
Übrige Verbindlichkeiten und RAP	<u>21.524</u>	<u>5</u>	<u>11.558</u>	<u>3</u>	<u>9.966</u>
Kurzfristiges Fremdkapital	<u>44.346</u>	<u>10</u>	<u>38.248</u>	<u>9</u>	<u>6.098</u>
	<u>453.388</u>	<u>100</u>	<u>451.077</u>	<u>101</u>	<u>2.311</u>

Die Kapitalstruktur ist geprägt durch das Finanzierungsverhältnis zwischen langfristig gebundenem Vermögen und den dafür zur Verfügung stehenden langfristigen Mitteln. Nach der sogenannten "Goldenen Bilanzregel" sollte das Anlagevermögen durch entsprechend langfristiges Kapital und nicht durch kurzfristig aufgenommene Kredite finanziert sein. Die Finanzierung durch Fremdkapital (Verbindlichkeiten einschließ-

lich Sonderposten) überwiegt deutlich gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung, welche nur bei 27,07 % liegt. Verglichen mit der Eröffnungsbilanz ist die Quote durch das erhöhte Eigenkapital um 1,01 %-Punkte gestiegen.

Kennzahlen haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

		<u>31.12.2007</u>	<u>01.01.2007</u>
Aufwandsdeckungsgrad	(Ordentliche Erträge / ordentliche Aufwendungen) x 100	107,03	0,00
Eigenkapitalquote I	(Eigenkapital / Bilanzsumme) x 100	25,67	24,82
Eigenkapitalquote II	(Eigenkapital + Sonderposten für Zu- wendungen und Beiträge) x 100 / Bilanzsumme	57,86	58,06

Kennzahlen Vermögens- und Finanzlage

		<u>31.12.2007</u>	<u>01.01.2007</u>
Infrastrukturquote	(Infrastrukturvermögen / Bilanzsumme) x 100	42,24	43,64

Vermögenslage

Abschreibungsintensität	(Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen / ordentliche Aufwendungen) x 100	11,55	0,00
Drittfinanzierungsquote	(Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen) x 100	44,90	0,00
Investitionsquote	Bruttoinvestitionen / (Abgänge des Anlagevermögens + Abschreibungen auf das Anlagevermögen)) x 100	103,40	0,00
Finanzlage			
Anlagendeckungsgrad II	(Eigenkapital + Sonderposten für Zuwendungen und Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen	90,50	68,67
Liquidität II. Grades	((Liquide Mittel + kurzfristige Forderungen) / kurzfristige Verbindlichkeiten) x 100	28,00	25,91
kurzfristige Verbindlichkeitsquote	(kurzfristige Verbindlichkeiten / Bilanzsumme) x 100	8,70	7,32
Zinslastquote	(Finanzaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	7,29	0,00

Ertragslage

	31.12.2007		01.01.2007		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Steuern und ähnliche Abgaben	60.620	62	0	0	60.620	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.833	17	0	0	16.833	0
Sonstige Transfererträge	343	0	0	0	343	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.564	6	0	0	5.564	0
Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.724	3	0	0	2.724	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	5.162	5	0	0	5.162	0
Sonstige ordentliche Erträge	<u>7.145</u>	<u>7</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>7.145</u>	0
Ordentliche Erträge	<u>98.391</u>	<u>100</u>	<u>0</u>	<u>100</u>	<u>98.391</u>	0
Versorgungsaufwendungen	-306	0	0	0	-306	0
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-13.973	-14	0	0	-13.973	0
Personalaufwand	-19.823	-20	0	0	-19.823	0
Bilanzielle Abschreibungen	-10.619	-11	0	0	-10.619	0
Transferaufwendungen	-41.978	-43	0	0	-41.978	0
Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>-5.229</u>	<u>-5</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-5.229</u>	0
Ordentliche Aufwendungen	<u>-91.928</u>	<u>-93</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-91.928</u>	0
Außerordentliche Erträge	<u>60</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>60</u>	0
Neutrale Erträge	60	0	0	0	60	0
Außerordentliche Aufwendungen	<u>-2</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-2</u>	0
Neutrale Aufwendungen	<u>-2</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-2</u>	0
Neutrales Ergebnis	58	0	0	0	58	0
Finanzerträge	2.091	2	0	0	2.091	0
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	<u>-6.701</u>	<u>-7</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-6.701</u>	0
Finanzergebnis	<u>-4.610</u>	<u>-5</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>-4.610</u>	0
Jahresergebnis	<u>1.911</u>	<u>2</u>	<u>0</u>	<u>100</u>	<u>1.911</u>	0

Im Haushaltsjahr 2007 wurde ein positives Jahresergebnis von rd. 1,9 Mio € erzielt. Die Haushaltsveranschlagung war noch von einem negativen Jahresergebnis von rd. 19,2 Mio € ausgegangen, d. h. das geplante Ergebnis konnte um rd. 21 Mio € verbessert werden.

Diese Ergebnisverbesserung hatte im Wesentlichen folgende Ursachen:

Mehrerträge

Gewerbsteuer	11.480 T€
Gemeindeanteil Einkommensteuer	1.634 T€
Auflösung von Rückstellungen (insb. Pensionsrückstellung aufgrund konkretisierter Neuberechnung der RVK)	1.953 T€

Mit Ausnahme der bilanziellen Abschreibungen und der Versorgungsaufwendungen ergaben sich hinsichtlich der Aufwandsseite in nahezu allen Bereichen ähnliche Verbesserungen im Vergleich zum Ansatz.

Kennzahlen Ertragslage

31.12.2007 01.01.2007

Ertragslage

	(Steuererträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) / (ordentliche Erträge - GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) x 100	52,80	0,00
Netto-Steuerquote			
	(Erträge aus Zuwendungen / ordentliche Erträge) x 100	17,11	0,0
Zuwendungsquote			
	(Personalaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	21,56	0,0
Personalintensität			
	(Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	15,20	0,0
Sach- und Dienstleistungsintensität			
	(Transferaufwendungen / ordentliche Aufwendungen) x 100	45,66	0,0
Transferaufwandsquote			

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2007

AKTIVSEITE

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Anlagevermögen	429.833.388,48	429.486.047,45

Das Anlagevermögen umfasst die immateriellen Vermögensgegenstände, die Sachanlagen und die Finanzanlagen:

	31.12.2007	Vorjahr	Veränderung	Veränderung
	EUR	EUR	EUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	58.162,63	13.865,67	+44.296,96	+319,5
Sachanlagen	328.644.028,27	329.353.746,94	-709.718,67	-0,2
Finanzanlagen	101.131.197,58	100.118.434,84	1.012.762,74	+1,0
	429.833.388,48	429.486.047,45	347.341,03	+0,1

Die immateriellen Vermögensgegenstände waren im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2007 nicht Prüfgegenstand.

Das Sachanlagevermögen, welches mit rd. 329 Mio. € oder 76,46 % den größten Anteil am gesamten Anlagevermögen ausmacht, stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR	Veränderung EUR	Veränderung %
Unbebaute Grundstücke	18.349.443,44	17.689.506,57	+659.936,87	+3,7
Bebaute Grundstücke	107.886.737,07	109.049.456,80	-1.162.719,73	-1,1
Infrastrukturvermögen	191.515.904,72	196.857.167,16	-5.341.262,44	-2,7
Bauten auf fremden Grund und Boden	22.500,00	27.000,00	-4.500,00	-16,7
Kunstgegenstände, Kultur- denkmäler	745.195,00	745.045,00	+150,00	+0,0
Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	2.865.614,91	3.010.975,18	-145.360,27	-4,8
Betriebs- u. Geschäftsaus- stattung	1.585.317,00	1.464.002,23	+121.314,77	+8,3
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	5.673.316,13	510.594,00	+5.162.722,13	+1011,1
	328.644.028,27	329.353.746,94	-709.718,67	-0,2

Aufgrund des hohen Anteils am Gesamtvermögen bildet das Sachanlagevermögen einen Prüfungsschwerpunkt. Aufgrund von Auswertungen aus der Anlagenbuchhaltung wurden Veränderungen (Zugänge, Abgänge, Umbuchungen, Abschreibungen) anhand von gezielten Stichproben nachvollzogen. Hierbei ergaben sich nur unwesentliche Korrekturen, welche nach Abstimmung zwischen Verwaltung und Rechnungsprüfung durchgeführt worden sind. Die Prüfungsergebnisse sind in unseren Arbeitspapieren dokumentiert.

In der Eröffnungsbilanz wurden insgesamt 14 Vereinsheime und Schützenhallen, die auf städtischen Grundstücken stehen, jedoch durch Dritte finanziert wurden, nicht im Sachanlagevermögen berücksichtigt. Dies wurde zum Jahresabschluss 2007 nachgeholt. Gleichzeitig wurde ein Sonderposten in entsprechender Höhe gebildet. Auf die grundsätzlichen Ausführungen zum Eigenkapital sowie den Anhang wird verwiesen.

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (Anlage 6.1.5).

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Finanzanlagen	101.131.197,58	100.118.434,84
	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.322.846,49	6.322.846,49

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GO NRW i.V.m. § 52 GemHVO NRW angegeben und erläutert.

Die Gesellschaften, an denen die Stadt Gummersbach Anteile von durchgängig über 50 % hält, wurden entsprechend den Regelungen des § 55 Abs. 6 GemHVO NRW nach dem Substanz- bzw. Ertragswertverfahren bewertet.

Der Bestand setzt sich zum Abschlussstichtag wie folgt zusammen:

	Gesellschaftsanteil %	Bilanzwert EUR
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	100,0	2.546.413,63
Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH Gummersbach	50,2	1.161.702,30
Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach mbH	58,0	2.589.485,46
Trärgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	71,3	25.245,11

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Beteiligungen	8.416.817,04	7.360.550,75
	<hr/>	<hr/>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2007	7.360.550,75
Zugänge	<u>1.119.029,29</u>
Abgänge	<u>-62.763,00</u>
Stand am 31.12.2007	<u>8.416.817,04</u>

Die Zugänge ergeben sich durch eine werterhöhende Korrektur bezüglich des Zweckverbandes des Förderschulen, welcher in der Eröffnungsbilanz zunächst mit einem Erinnerungswert von 1 € bilanziert wurde. Mittlerweile ist es herrschende Meinung, dass Zweckverbände analog den sonstigen Beteiligungen zu bewerten und auszuweisen sind.

Eine Bewertung des Abfall-, Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) konnte bis zum Prüfungsende nicht erfolgen, so dass weiterhin ein Erinnerungswert ausgewiesen wird. Diesbezüglich ist spätestens im Rahmen der nächsten drei Jahresabschlüsse eine nachträgliche Wertkorrektur herbeizuführen.

Die Abgänge resultieren aus einer wertverringenden Korrektur des in der Eröffnungsbilanz angesetzten Wertes für den Anteil der Stadt Gummersbach an der Radio Berg GmbH & Co. KG. Der Gesellschaftsanteil wurde seinerzeit mit dem anteiligen Ertragswert ausgewiesen. Mittlerweile gilt es als gesichert, dass im Sinne einer einheitlichen Unternehmensbewertung die Eigenkapital-Spiegelbild-Methode heranzuziehen ist. Diese führt in der Regel zu geringeren Wertansätzen.

Weitere Anhaltspunkte für die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen im Sinne des § 35 Abs. 5 GemHVO NRW aufgrund einer dauernden Wertminderung von Gesellschaftsanteilen konnten im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt werden.

Die Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 117 GO i. V. m. § 52 GemHVO angegeben und erläutert.

Der Bestand setzt sich zum Abschlussstichtag wie folgt zusammen:

	Bilanzwert nach Prüfung EUR
Citymanagement GmbH	22.295,99
Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH	3.278.358,92
Oberbergische Aufbau GmbH	82.242,95
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG	3.878.988,28
Radio Berg GmbH & Co. KG	10.737,00
Steinmüller Förderzentrum Gummersbach gGmbH	5.107,06
Zweckverband ASTO	1,00
Zweckverband Bergischer Transportverband	13.355,55
Zweckverband civitec (ehenals GKD)	6.700,00
Zweckverband der Förderschulen	1.120.030,29

Im Fall der Oberbergischen Aufbau GmbH wurde der Substanzwert laut Gutachten nicht zum Eröffnungsbilanzstichtag der Stadt Gummersbach (01.01.2007) sondern zum Stichtag 01.01.2008 ermittelt. Es handelt sich hierbei grundsätzlich um eine Verletzung des Stichtagsprinzips. Eine Korrektur war bis zum Ende des Prüfungszeitraumes nicht möglich.

Eine Anpassung des bilanzierten Wertes kann im zeitlichen Rahmen des § 57 GemHVO erfolgen.

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Sondervermögen	85.569.914,37	85.596.935,07

Aufgrund den Feststellungen der Gemeindeprüfungsanstalt NRW im Rahmen der überörtlichen Eröffnungsbilanzprüfung musste eine Umbuchung der unselbständigen Stiftung "Erbschaft Krumme" von der Position Sondervermögen (-27.020,70 €) zu den Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgen. Die Stadt hat diese Buchung im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Es handelt sich hierbei um einen reinen Aktivtausch, der zu keinerlei Veränderungen hinsichtlich der Bilanzsumme bzw. des Eigenkapitals führt.

Der Bestand setzt sich zum Abschlussstichtag wie folgt zusammen:

	Bilanzwert EUR
Stadtwerke (Wasser, Wärme, Bäder, Parken)	28.661.449,10
Stadtwerke (Abwasser)	56.908.465,27

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Wertpapiere des Anlagevermögens	408.619,16	318.098,46
	<hr/>	<hr/>

Der **Buchwert** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1.1.2007	318.098,46
Zugänge	63.500,00
Umbuchungen	<u>27.020,70</u>
 Stand am 31.12.2007	 <u>408.619,16</u>

Der Zugang resultiert aus dem Ankauf von Anteilen an einem KVR-Fonds zur Sicherung künftiger Pensionszahlungen (Pensionsrücklage). Bezüglich der Umbuchungen wird auf die Ausführungen zum Sachverhalt "Erbschaft Krumme" unter dem Punkt Sondervermögen verwiesen.

Der Bestand setzt sich zum Abschlussstichtag wie folgt zusammen:

	Bilanzwert EUR
KVR-Fonds	381.598,46
Unselbständige Stiftung "Erbschaft Krumme"	27.020,70

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.030.198,21	8.634.049,58

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	4.929.705,35	6.591.787,19

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Gebühren	278.594,95	315.450,97
Beiträge	269.070,62	303.710,52
Steuern	4.753.976,55	6.999.433,21
Forderungen aus Transferleistungen	252.350,35	358.650,12
Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	<u>2.935.564,71</u>	<u>2.031.902,18</u>
 Bruttowert der Forderungen	 8.489.557,18	 10.009.147,00
 abzüglich Pauschalwertberichtigung	 <u>-3.559.851,83</u>	 <u>-3.417.359,81</u>
 Bilanzansatz	 <u>4.929.705,35</u>	 <u>6.591.787,19</u>

Die **Wertberichtigungen** insgesamt entwickelten sich wie folgt:

	Einzelwert- berichtigung EUR	Pauschalwert- berichtigung EUR	Gesamt EUR
Stand am 1.1.2007		3.417.359,81	3.417.359,81
Zuführung (Aufwand)	0,00	173.688,95	173.688,95
Auflösung (Ertrag)	0,00	-31.196,93	-31.196,93
Stand am 31.12.2007	0,00	3.559.851,83	3.559.851,83

Bei der Durchführung der Forderungsbewertung werden alle Forderungen einzeln kritisch analysiert. Im SAP-System erfolgt lediglich eine pauschale Wertberichtigung anhand der manuellen Analyse und der Anwendung bestimmter Kriterien (Alter; Art; Vollstreckungsstand). Die Erhöhung bzw. Auflösung der Pauschalwertberichtigung je Forderungsart im Vergleich zur Eröffnungsbilanz wird über ein entsprechendes Aufwands- bzw. Ertragskonto gebucht.

Für den nächsten Jahresabschluss wird empfohlen, nach der kritischen Analyse der einzelnen Forderungen, diese ab einer bestimmten Betragshöhe im System auch als Einzelwertberichtigung zu erfassen. Dadurch müssen die Forderungen nur einmal bewertet werden und schreiben sich im Anschluss automatisch fort. Die momentane pauschale Wertberichtigung hat zur Folge, dass man jeweils zum Stichtag des Jahresabschlusses erneut alle Forderungen kritisch analysieren und deren Entwicklung manuell über entsprechende Aufwands- bzw. Ertragsbuchungen darstellen muss.

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Sonstige Vermögensgegenstände	2.730.878,58	41.676,58

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
So. Ford. P.-tar.B.	713,57	0,00
Ford. deb. Kredit.	54.598,47	0,00
SPK 1 Scheckeingang	0,00	987,99
Girokonto THV	1.461.463,83	0,00
Ford. aus kred. Anz.	6.725,00	0,00
Andere so. Ford.	0,00	17.727,49
Frei	51.554,54	0,00
Abw. Kredite Wasserw	237.723,21	0,00
Abw. Kredite Heizwer	15.511,69	0,00
Abw. Kredite Bäder	138.873,60	0,00
Abw. Kredite Abwasse	662.180,29	0,00
Abw. Kredite GemWohn	5.608,23	0,00
Abw. Kredite Parkrau	46.383,64	0,00
SH-Auszahlungen Asyl	0,00	21.062,82
Sozialhilfeabwicklun	0,00	1.898,28
Erstattungen Stadtwe	3.965,74	0,00
Sonstige Vorschüsse	42.088,25	0,00
Zahllast	3.488,52	0,00
	2.730.878,58	41.676,58

Die wesentlichen Beträge ergeben sich aus der Schuldendienstabwicklung, die von der Stadt für deren Eigenbetriebe übernommen wird. Hierbei sind Zinsen und Tilgungen von Darlehen angefallen, die nicht stichtagsbezogen mit den Eigenbetrieben abgerechnet worden und somit als sonstige Vermögensgegenstände zu bilanzieren sind.

Das Girokonto des Treuhandvermögens hatte zunächst einen negativen Saldo zum Jahresabschluss und wurde als Verbindlichkeit aus Liquidationskrediten ausgewiesen. Im Zusammenhang mit einem Kaufvertrag mit der Fa. Abus erfolgte eine Umbuchung des Betrages von der Position Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten zu Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen (rd. 3,37 Mio. €). Der Saldo des Girokontos bezüglich des Treuhandvermögens wurde hierdurch insgesamt wieder positiv. Da die Stadt das Konto zwar führt, aber nicht Kontoinhaber ist, wird dieses als sonstiger Vermögensgegenstand ausgewiesen.

Zum EB-Stichtag wurde ein Scheckeingang auf dem Sparkassen Konto unter sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 wurde der Scheckeingangsbestand zum 31.12.2007 korrekt unter liquiden Mitteln abgebildet.

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Liquide Mittel	205.603,49	310.959,62

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
SPK1 Scheckeingang	1.446,36	0,00
VB1 Bestand	88.286,17	23.582,88
PBA1 Bestand	50.125,09	44.900,59
DB Bestand	23.534,92	52.363,71
CB Bestand	27.437,15	37.402,40
Übertrag	190.829,69	158.249,58

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Übertrag	190.829,69	158.249,58
Dresd. Bestand	3.199,03	6.627,95
Sparbücher f. Dritte	10.435,29	11.751,38
Sparbuch alte kam. AR.	0,00	125.250,25
Bankenclearing	0,00	-25,00
Klärungsliste	1.415.066,12	-1.337.570,93
Klärungsliste-Korr.	-1.415.066,12	1.337.570,93
Barkasse	1.188,48	9.105,46
Barkasse-Umb. Klär.	-49,00	0,00
	<u>205.603,49</u>	<u>310.959,62</u>

Die entsprechenden Saldenbestätigungen zum 31.12.2007 liegen der Rechnungsprüfung vor; die Beträge wurden mit der Gesamtfinanzzrechnung abgestimmt. Ein weiteres an dieser Stelle nicht erfasstes Girokonto bei der Sparkasse weist einen negativen Betrag in Höhe von 1.348.276,17 € auf und wird daher auf der Passivseite als Verbindlichkeit aus Krediten zur Liquiditätssicherung abgebildet.

Zum EB-Stichtag wurde ein Scheckeingang auf dem Sparkassen Konto unter sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2007 wurde der Scheckeingangsbestand zum 31.12.2007 korrekt unter liquiden Mitteln abgebildet.

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	503.039,52	423.755,07
	<u>503.039,52</u>	<u>423.755,07</u>

Die Rechnungsabgrenzung enthält geleistete Zuwendungen an Vereine, die eine Gegenleistungsverpflichtung beinhalten (41 T€). Außerdem sind die Besoldungszahlungen einschließlich Versorgungskasse (400 T€) sowie die Unterhaltsvorschuss- und Tagespflegezahlungen (45 T€) aus Dezember 2007 für Januar 2008 aktiviert.

PASSIVSEITE

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Eigenkapital	116.370.145,16	111.941.973,09
	<hr/>	<hr/>
	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Allgemeine Rücklage	93.405.053,29	90.887.808,50
Ausgleichsrücklage	21.054.164,59	21.054.164,59
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>1.910.927,28</u>	<u>0,00</u>
Stand am 31.12.2007	<u>116.370.145,16</u>	<u>111.941.973,09</u>

Die Ausgleichsrücklage wurde im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 mit dem nach § 75 Abs. 3 GO NRW zulässigen Höchstbetrag von 1/3 des gesamten Eigenkapitals angesetzt.

Korrekturen der Eröffnungsbilanz, die teilweise aufgrund der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW erforderlich waren, wurden als nachträgliche Veränderung der Eröffnungsbilanzwerte gemäß § 57 GemHVO NRW direkt gegen die Allgemeine Rücklage gebucht. Hierdurch stieg deren Wert entgegen des ursprünglich testierten Betrages bereits im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses um nahezu 1,35 Mio€ auf rd. 92 Mio€.

Weitere aufgrund unserer Prüfung erforderliche Korrekturen sowie der im Jahr 2007 erzielte Jahresüberschuss führten bzw. führen zu einem weiteren Anstieg der Allgemeinen Rücklage. (ca. + 3,1 Mio€).

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Sonderposten	147.276.995,46	152.767.582,43
	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
I. Sonderposten für Zuwendungen	100.672.119,98	103.411.619,81
II. Sonderposten für Beiträge	45.272.893,00	46.541.369,40
III. Sonderposten für den Gebührenaussgleich	363.046,78	0,00
IV. Sonstige Sonderposten	968.935,70	2.814.593,22
Stand am 31.12.2007	147.276.995,46	152.767.582,43

Nach § 43 Abs. 5 GemHVO sind zweckgebundene Zuwendungen und Beiträge für Investitionen, welche die Stadt erhält, als Passivposten anzusetzen. Ihre ertragswirksame Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten und auf der Aktivseite der Bilanz ausgewiesenen Vermögensgegenstandes.

Die wesentlichsten Veränderungen betreffen die Sonderposten aus Zuwendungen sowie die sonstigen Sonderposten. Neben planmäßigen Auflösungen und Zuführungen durch im Berichtsjahr erhaltene und zweckentsprechend verwendete Förderbeträge, Zuschüsse etc. führten durch die Stadt vorgenommene Korrekturen zu Veränderungen. Letztere ergaben sich hauptsächlich aus der überörtlichen Eröffnungsbilanzprüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW. Diesbezüglich wird auf deren Bericht verwiesen.

Eine Besonderheit stellen Kostenüberdeckungen in kostenrechnenden Einrichtungen am Ende eines Kalkulationszeitraumes dar, da diese nach § 6 Kommunalabgabengesetz in den folgenden drei Jahren ausgeglichen werden müssen.

Dies bedeutet, dass in Höhe des Überschusses ein Sonderposten für den Gebührenaussgleich passiviert wird, welcher auf maximal drei Jahre verteilt ertragswirksam aufgelöst

und somit der Gebührenschuldner entlastet wird.

In den kostenrechnenden Einrichtungen Straßenreinigung, Winterdienst und Bestattungswesen existieren entsprechende Abschlüsse. Für den Bereich Winterdienst wurde erstmals ein Sonderposten für den Gebührenaussgleich gebildet, da dieser im Jahr 2007 mit einem Überschuss in Höhe von 363.046,78 € abschließt.

	31.12.2007 EUR	Vorjahr EUR
	<u> </u>	<u> </u>
Rückstellungen	33.517.046,42	35.411.737,78
	<u> </u>	<u> </u>

Gesamtdarstellung:

	Stand am 1.1.2007 EUR	Stand am 31.12.2007 EUR
	<u> </u>	<u> </u>
1. Pensionsrückstellungen	33.054.300,00	31.540.531,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>2.357.437,78</u>	<u>1.976.515,42</u>
	<u>35.411.737,78</u>	<u>33.517.046,42</u>

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Pensionsrückstellungen	31.540.531,00	33.054.300,00

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	1.1.2007	Auflösung	Zuführung	31.12.2007
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Pensionsrückst. B.	14.003.388,00	-279.653,00	0,00	13.723.735,00
Pensionsrückst. V.	11.871.903,00	-906.873,00	0,00	10.965.030,00
Pensionsrückst.Beih.	<u>7.179.009,00</u>	<u>-327.243,00</u>	<u>0,00</u>	<u>6.851.766,00</u>
	<u>33.054.300,00</u>	<u>-1.513.769,00</u>	<u>0,00</u>	<u>31.540.531,00</u>

Entsprechend der Regelungen des § 36 Abs. 1 GemHVO NRW werden alle zum Abschlussstichtag bestehenden Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und Beihilfeansprüche bilanziert.

Die Höhe der Pensions- und Beihilferückstellung wird jährlich durch die Rheinische Versorgungskasse Köln mittels entsprechender Software der Heubeck AG auf der Grundlage der durch die Personalverwaltung zur Verfügung gestellten Daten ermittelt. Für die Teilwertberechnung wurde der gesetzlich vorgeschriebene Rechnungszinsfuß von 5% zu Grunde gelegt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck verwendet. Das versicherungsmathematische Gutachten der Versorgungskasse liegt der Rechnungsprüfung vor.

Die Veränderungen bei den Pensionsrückstellungen resultieren aus einer Änderung der Berechnungsgrundlagen. Für die Erstellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 wurden die Pensionsrückstellungen von der Rheinischen Versorgungskasse Köln nach pauschalen Werten berechnet. Für den Jahresabschluss zum 31.12.2007 erfolgte die Bewertung nach Echtdaten, da die Stadt Gummersbach im Jahr 2007 für alle aktiven Beamten eine

Dienstzeitenberechnung durchgeführt hat. Eine Korrekturrechnung für die Eröffnungsbilanz war der Rheinischen Versorgungskasse Köln nicht mehr möglich.

Unberücksichtigt blieben in der Eröffnungsbilanz zudem Fälle eines Dienstherrnwechsels. Aufnehmende Dienstherrn haben eine öffentlich-rechtliche Forderung gegenüber abgebenden Dienstherrn in Höhe der anteiligen Pensionslast in ihrer Bilanz auszuweisen, da sich der künftige Anspruch des Versorgungsempfängers ausschließlich gegen diese richtet.

Diese Fälle wurden im Jahresabschluss nun berücksichtigt.

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Sonstige Rückstellungen	1.976.515,42	2.357.437,78

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	1.1.2007	Auflösung	Zuführung	31.12.2007
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Rückst. Altersteilzeit	265.791,59	-16.206,37	0,00	249.585,22
Rückst. Urlaub	551.540,16	-24.918,86	0,00	526.621,30
Rückst. Überstunden	174.555,86	-20.924,13	13.924,47	167.556,20
Rückst. Drohverluste	450.000,00	0,00	0,00	450.000,00
Jahresabschlussprüfung	25.000,00	-25.000,00	17.500,00	17.500,00
Gewässerunterhaltung	351.886,80	0,00	52.225,90	404.112,70
NKF Systemwechsel	296.523,37	-296.523,37	0,00	0,00
Sonstige Rückst.	<u>242.140,00</u>	<u>-81.000,00</u>	<u>0,00</u>	<u>161.140,00</u>
	<u>2.357.437,78</u>	<u>-464.572,73</u>	<u>83.650,37</u>	<u>1.976.515,42</u>

Rückstellungen für Altersteilzeit werden für diejenigen Mitarbeiter gebildet, die ihre Altersteilzeit in Blockform ableisten. In der aktiven Zeit werden Beträge zurückgestellt, die dann in der passiven Phase aufgelöst werden.

Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und für Überstunden oder Gleitzeitüberhänge werden gebildet, wenn Mitarbeiter am Bilanzstichtag noch Resturlaubstage oder Gleitzeitguthaben besitzen, die erst im nächsten Jahr in Anspruch genommen werden sollen. Hier besteht gegenüber diesen Mitarbeitern eine Verpflichtung der Stadt, die zu bilanzieren ist. Veränderungen ergeben sich nur aufgrund der Veränderung der Urlaubs- und Arbeitszeitkonten. Die Abrechnung erfolgt spitz nach Personalkosten pro Mitarbeiter.

Bei der Rückstellung für drohende Verluste handelt es sich um ein laufendes Verfahren im Zusammenhang mit der Sanierung des Gymnasiums Moltkestraße, welches zum Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossen war. Die Rückstellung beinhaltet die drohende Zahlung, Gerichts- und Prozesskosten sowie eine angemessene Verzinsung der zu erwartenden Zahlung.

Die Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses durch eine externe Prüfungsanstalt müssen zurückgestellt werden. Die Kosten für die Überprüfung der Eröffnungsbilanz hingegen nicht. Es erfolgte eine Korrektur dieser Position durch Auflösung der Rückstellung für die Prüfung der Eröffnungsbilanz und Einstellung der Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses 2007.

Die Rückstellung für die Nachzahlung der Gewässerunterhaltungsumlage an den Aggerverband muss gebildet werden, da eine Abrechnung des Aggerverbandes zum Bilanzstichtag nicht vorlag, die Stadt aber zur Zahlung verpflichtet ist. Die Rückstellung muss erhöht werden, da von einer höheren Zahlung auszugehen ist.

Die Rückstellungen für den NKF-Systemwechsel konnten komplett aufgelöst werden.

Die eingestellten variablen Bezügebestandteile für Mitarbeiter des Bauhofes für den November und Dezember des Vorjahres wurden im laufenden Jahr ausbezahlt. Daher konnte diese Rückstellung in Höhe von 81.000 € aufgelöst werden. Die sonstigen Rückstellungen blieben ansonsten im Wesentlichen unverändert. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen.

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Verbindlichkeiten	150.789.226,81	145.704.061,39

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	111.876.870,43	112.707.507,98

Der Ansatz der Verbindlichkeiten aus Investitionskrediten erfolgte in Höhe der Rückzahlungsbeträge. Die Saldenbestätigungen befinden sich in den Einzelkreditakten.

Einer Kreditaufnahme von rd. 2,7 Mio. € stand ein Tilgungsbetrag in Höhe von rd. 3,5 Mio. € gegenüber, so dass im Haushaltsjahr 2007 eine Kreditrückführung von rd. 830 T€ erreicht wurde.

Zum Bilanzstichtag hat die Stadt Gummersbach insgesamt neun derivate Finanzgeschäfte als sog. Forward- und Doppelswapgeschäfte (Gesamtvolumen 22,7 Mio. €) abgeschlossen, welche kein Zinsrisiko beinhalten. Der Einzelausweis war nicht erforderlich, weil eine Konnexität zwischen dem Grundkreditgeschäft und dem Swapvertrag besteht. Es wird eine sogenannte Bewertungseinheit mit dem Kreditgeschäft gebildet. Aus den Derivaten ergeben sich für die Stadt außer dem vereinbarten Festzins mit Marge keine weiteren Zahlungsverpflichtungen.

Auf die Ausführungen im Anhang wird verwiesen.

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	16.348.276,17	25.431.014,94

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Liquiditätskredite aus Treuhandvermögen	0,00	1.726.337,43
vom privaten Kreditmarkt	<u>16.348.276,17</u>	<u>23.704.677,51</u>
	<u>16.348.276,17</u>	<u>25.431.014,94</u>

Die Liquidität wurde zum Bilanzstichtag durch einen festen Kassenkredit (15 Mio. €, 3 Monate Laufzeit, 4,178 % p.a.) und einen Kontokorrentkredit (1.348.276,17 €, Zinssatz 4,75 % p.a.) sichergestellt. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Liquiditätskredite vom privaten Kreditmarkt um rd. 7,3 Mio. € zurückgeführt. Ursache war das verbesserte Steueraufkommen im Hj. 2007. Zudem gab es Veränderungen bei den Liquiditätskrediten des Treuhandvermögens von rd. 1,73 Mio. €. Das entsprechende Girokonto wird zum Jahresabschluss 2009 unter sonstigen Vermögensgegenständen auf der Aktivseite ausgewiesen (siehe sonstige Vermögensgegenstände und sonstige Verbindlichkeiten).

	31.12.2007	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Sonstige Verbindlichkeiten	13.378.257,59	3.203.700,31
	<u>13.378.257,59</u>	<u>3.203.700,31</u>

Die Höhe der sonstigen Verbindlichkeiten ist hauptsächlich durch die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land (rd. 2,93 Mio €), den Verbindlichkeiten aus sonstigen Sonderposten (rd. 2,81 Mio €) und den Verbindlichkeiten gegenüber kreditorischen Debitoren (rd. 2 Mio. €) begründet.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land und aus sonstigen Sonderposten ergeben sich im Wesentlichen aus Korrekturbuchungen die durch die Prüfung der Eröffnungsbilanz entstanden sind. Es handelt sich hierbei um zum Abschlussstichtag noch nicht zweckentsprechend verwendete Zuwendungen. Zudem wurde durch die Prüfung in Bezug auf die Forderungen aus geleisteten Unterhaltsvorschusszahlungen (UVG) eine Verbindlichkeit gegenüber dem Land von rd. 190 Tsd. € unter der Bilanzposition Verbindlichkeit UVG ausge-

wiesen.

Ein systematischer Abgleich der kreditorischen Debitoren ist erfolgt und wurde geprüft.

Im Zusammenhang mit dem Treuhandvermögen Herreshagen und einem Kaufvertrag mit der Fa. Abus ergab sich eine Korrektur im Bereich der Verbindlichkeiten, die zu einem Ausweis unter der Aktivposition sonstige Vermögensgegenstände führte. Es wird auf die Darstellung dieser Position verwiesen.

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Passive Rechnungsabgrenzung	5.434.501,60	5.250.990,74

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2007	Vorjahr
	EUR	EUR
Sonstige passive RAP	128.253,70	113.140,74
Friedhofsgebühren	5.306.247,90	5.137.850,00
	5.434.501,60	5.250.990,74

In die passive Rechnungsabgrenzung müssen Einnahmen gebucht werden, die erst für folgende Jahre Ertrag darstellen und eine Gegenverpflichtung der Stadt zur Folge haben.

Die Rechnungsabgrenzung für die Friedhofsgebühren umfasst den Teil der im Jahr 2007 und den Vorjahren gezahlten Benutzungsgebühren, die einen späteren Zeitraum betreffen. Die Laufzeiten betragen hier bis zu 30 Jahre. Die Berechnung der Benutzungsgebühren

erfolgt automatisiert durch die Softwarelösung WinFried gem. den in der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Gummersbach festgelegten Beträgen. Die Daten werden automatisiert aus WinFried an die Buchungssoftware SAP übertragen.

Es konnte im Rahmen der Prüfung keine Abstimmung zwischen den Erträgen aus dem Programm WinFried für das Jahr 2007 und den Erträgen aus dem Buchungsprogramm SAP herbeigeführt werden. Die verbleibenden Differenzen konnten nicht geklärt und schlüssig belegt werden. Da es sich hierbei vermutlich um einen bereits seit Aufstellung der Eröffnungsbilanz bestehenden Mangel handelt, ist dieser spätestens innerhalb der nächsten drei Jahresabschlüsse im Rahmen der Korrekturmöglichkeiten des § 57 GemHVO zu beseitigen.

Vollständigkeitserklärung

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2007

Herr Bürgermeister Frank Helmenstein gibt persönlich folgende Erklärung ab:

Aufklärungen und Nachweise

1. Der Rechnungsprüfung sind die von ihr gemäß § 103 Abs. 4 GO NRW verlangten und darüber hinaus für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Nachweise und Informationen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung gestellt worden. Vollständig weitergegeben sind neben meinen persönlichen Kenntnissen auch die Kenntnisse aller Mitglieder des Verwaltungsvorstandes.
2. Folgende von mir benannten Auskunftspersonen sind angewiesen worden, der Rechnungsprüfung alle Auskünfte, Nachweise und Informationen richtig und vollständig zu geben:

Katharina Klein
Elke Luxa
Birgit Höhler
Diane Gubesch

Buchführung, Inventar, Zahlungsabwicklung (§§ 27 - 31 GemHVO NRW)

1. Es sind alle Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Zu den Unterlagen gehören neben den Büchern der Finanzbuchhaltung insbesondere Verträge und Schriften von besonderer Bedeutung, Arbeits- und Dienstanweisungen sowie Organisationspläne, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den Unterlagen der Finanzbuchhaltung sind alle Geschäftsvorfälle, die für das Haushaltsjahr buchungspflichtig waren, erfasst und belegt. Zu den Belegen gehören alle für die richtige und vollständige Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu Grunde zu legenden Nachweise (begründende Unterlagen).
3. Die nach § 27 Abs. 5 GemHVO NRW erforderliche Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme wurde sichergestellt.
4. Bei der Inventur sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur beachtet und alle im wirtschaftlichen Eigentum stehenden Vermögensgegenstände und die Schulden er-

fasst worden.

5. Die nach § 31 GemHVO NRW erforderlichen Regelungen zu Sicherheitsstandards und interner Aufsicht liegen im Entwurf vor (die Regelungen der DA GemKVO gelten weiter) und sind in aktueller Fassung vorgelegt worden. Die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung wurde

- von mir wahrgenommen
 auf Herrn Dr. Klaus Blau übertragen und hiervon wahrgenommen

Jahresabschluss und Lagebericht

1. Der Jahresabschluss beinhaltet alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Rückstellungen, Wagnisse (z.B. drohende Verluste aus schwebenden Verfahren) und Abgrenzungen, sämtliche Aufwendungen und Erträge und sämtliche Aus- und Einzahlungen. Der Anhang enthält alle erforderlichen Angaben.
2. Im Lagebericht sind alle Vorgänge von besonderer Bedeutung erläutert worden, insbesondere sind alle Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung, wie sie von mir und dem Verwaltungsvorstand eingeschätzt werden, dargestellt.
3. Zu berücksichtigende Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

- bestehen nicht
 sind im Jahresabschluss enthalten
 sind im Lagebericht dargelegt

4. Umstände, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens, Schulden, Ertrags- und Finanzlage entgegenstehen

- bestehen nicht
 sind gesondert erläutert

5. Im Beteiligungsbericht, der bezogen auf den Abschlussstichtag fortgeschrieben und dem Jahresabschluss beigefügt ist, ist die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Gemeinde, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, vollständig erläutert. Ausleihungen, Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen bestanden am Abschlussstichtag

nicht

nur in der Höhe, in der sie im Jahresabschluss berücksichtigt sind

6. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Verlustübernahmeverträgen und sonstigen Sicherheiten bestanden am Abschlussstichtag

nicht

nur in der Höhe, in der sie im Jahresabschluss berücksichtigt sind

Im Verbindlichkeitspiegel sind alle Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten nachrichtlich ausgewiesen.

7. Rückgabeverpflichtungen für in der Jahresbilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Jahresbilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände bestanden am Abschlussstichtag

nicht

und sind unter Ziffer Bitte Ziffer eintragen aufgeführt

8. Derivative Finanzinstrumente (z.B. fremdwährungs-, zins-, wertpapier- und indexbezogene Optionsgeschäfte und Terminkontrakte, Zins- und Währungswaps, Forward Rate Agreements und Forward Forward Deposits) bestanden am Abschlussstichtag

nicht

und sind in den Büchern vollständig erfasst sowie der Rechnungsprüfung dargelegt worden

und sind unter Ziffer 4.2 aufgeführt

9. Verträge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune von Bedeutung sind oder werden können (z.B. wegen ihres Gegenstandes, ihrer Laufzeit, möglicher Verpflichtungen oder aus anderen Gründen), bestanden am Abschlussstichtag

- nicht
 und sind im Lagebericht vollständig aufgeführt

10. Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige, wesentliche finanzielle Verpflichtungen sind - soweit sie nicht in der Bilanz erscheinen

- im Anhang angegeben
 unter Ziffer Bitte Ziffer eintragen bzw. in der Anlage aufgeführt

11. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage von Bedeutung sind,

- lagen am Abschlussstichtag und liegen auch zur Zeit nicht vor
 sind im Anhang angegeben
 sind unter Ziffer Bitte Ziffer eintragen bzw. in der Anlage aufgeführt

12. Störungen oder wesentliche Mängel des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems

- lagen am Abschlussstichtag und liegen auch zur Zeit nicht vor
 sind vollständig mitgeteilt worden

13. Alle bekannten und vermuteten Täuschungen und Vermögensschädigungen, die wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss und den Lagebericht haben könnten, sind mitgeteilt worden.

14. Die am Schluss des Lageberichts gemachten Angaben gem. § 95 Abs. 2 GO NRW sind nach meinem Kenntnisstand vollständig und zutreffend.

Gummersbach, 20.07.2011

gez. Frank Helmenstein
- Bürgermeister -

Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Lagebericht - der Stadt für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. In die Prüfung wurde die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO NRW und unter Anwendung der vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gummersbach, den 08.11.2011

Rechnungsprüfung
Oberbergischer Kreis



Hartmut Heiden
Leiter der Rechnungsprüfung



Stephanus Kötting
stellv. Leiter der Rechnungsprüfung